



»DB1468446

US Election und mögliche wirtschaftliche Folgen für deutsche Unternehmen

Chancen und Risiken der Trump-Wiederwahl

Seit dem 05.11.2024 steht fest: Donald Trump übernimmt nach 2017 erneut die Führung des mächtigsten Landes der Welt. Mit seiner Wiederwahl setzt er auf eine Wirtschaftspolitik, die bereits in seiner ersten Amtszeit durch starken Protektionismus, Steuererleichterungen und eine „America First“-Politik geprägt war.



StB/CPA (USA) Matthias Amberg
ist Partner bei Rödl & Partner in Chicago
und Präsident der Außenhandelskammern in den USA (AHK).
Kontakt: autor@der-betrieb.de

Deutsche Unternehmen stehen vor einigen Fragen

Für deutsche Unternehmen stellen sich nun unweigerlich die Fragen: Was bedeutet eine erneute Trump-Präsidentschaft für ihre Geschäftsstrategien, ihre Investitionen und die transatlantischen Beziehungen? Werden die USA noch reizvoller für ausländische Investoren oder doch zu einem zunehmend schwer navigierbaren Markt? Die Antworten auf diese Fragen sind nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch geopolitischer Natur.

Viele Arbeitsplätze in Deutschland abhängig vom Export

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und somit auf internationale Märkte angewiesen. Etwa jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt vom Export ab. Im 1. Halbjahr 2024 haben die USA China als wichtigsten Handelspartner, gemessen am Handelsvolumen, abgelöst. Eine enge wirtschaftliche Verflechtung beider Länder zeigt sich darüber hinaus in der Rolle der USA als Primärmarkt für deutsche Investitionen. So fließt nahezu ein Drittel aller deutschen Auslandsinvestitionen in die Vereinigten Staaten, womit Deutschland zu den vier größten Investoren in den USA gehört. Die Präsidentschaftswahl in den USA ist damit für die deutsche Wirtschaft von zentraler Bedeutung.

Weitere Senkung der Unternehmensteuer?

Trumps erneuter Amtsantritt wird die Spielregeln für Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks maßgeblich verändern. In seiner ersten Amtszeit setzte Trump mit dem „Tax Cuts and Jobs Act“ ein Zeichen, indem er die Unternehmensteuer von 35% auf 21% senkte. Dieses steuerpolitische Entlastungspaket förderte Investitionen und trieb das Wirtschaftswachstum voran. Die erneute Präsidentschaft Trumps könnte nun zu einer weiteren Steuerreform mit einer Senkung

„Die Chancen für deutsche Unternehmen in den USA bleiben ungebrochen.“

der Unternehmensteuer möglicherweise auf 20% oder sogar 15% führen – jedoch wahrscheinlich ausschließlich für Unternehmen, die in den USA produzieren. Die Botschaft „Make your product here in America“ soll Firmen dazu anregen, ihre Produktionsstätten in die USA zu verlagern, was Arbeitsplätze schaffen und die amerikanische Industrie weiter stärken soll. Eine solche Politik würde vermutlich auch von zusätzlichen Steueranreizen begleitet, darunter erweiterte Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung. Für deutsche Unternehmen, die ihre Produktion in den USA aufbauen oder erweitern, könnte dies den US-Markt noch attraktiver machen. Vor allem Unternehmen, die bisher auf internationale Lieferketten gesetzt haben, könnte es dazu bewegen, eine langfristige Entscheidung zur Produktionsverlagerung zu treffen. Der Industriestandort Deutschland würde infolgedessen aber an Stärke einbüßen.

Steigende Zölle wahrscheinlich

Der Druck auf den Industriestandort Deutschland würde auch steigen, wenn Trump, wie er es in der Vergangenheit bereits getan hat, seine protektionistische Politik weiterverfolgt. Dabei sind Zölle das zentrale Instrument dieser Politik. Erwartet werden Zölle von 10% bis 20% auf alle US-Importe. Darüber hinaus könnten die Importwaren aus China mit Zöllen von 60% (oder sogar 200% auf bestimmte Produkte) belegt werden. Für deutsche Unternehmen, die in den US-Markt exportieren, bedeuten Zölle eine spürbare Belastung, verteuern die Absatzprodukte und verringern deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem US-Markt. Deutsche Unternehmen müssten sich auf einen potenziellen Rückgang von US-Exporten einstellen und könnten bei einem etwaigen Handelskrieg zwischen China und den USA schnell zwischen die Fronten geraten. Die deutschen Automobile, ein traditioneller Exportschlager in den USA (im Jahr 2023 rund 400.000 Autos), könnten besonders stark von der Zollpolitik betroffen sein. Auch weitere deutsche Schlüsselbranchen wie Maschinenbau und Pharmaindustrie, die einen erheblichen Anteil ihres Umsatzes in den USA erzielen, wären betroffen. Experten schätzen, dass aufgrund möglicher Zölle die deutschen Exporte in die USA insgesamt um bis zu 15% sinken könnten.

Wirtschaftswachstum durch Deregulierung

Andere Branchen hingegen könnten von Trumps Politik profitieren. Ein wesentliches Markenzeichen seiner Wirtschaftspolitik ist die Deregulierung. Aber Wirtschaftswachstum durch Deregulierung ist ein zweiseitiges Schwert. Für viele in den USA ansässige deutsche Unternehmen könnten durch Deregulierungsmaßnahmen erhebliche Vorteile entstehen. Ein Abbau von Bürokratie und Vorschriften könnte für

Unternehmen den administrativen Aufwand senken und die Kostenstruktur verringern. Besonders energieintensive Unternehmen und Unternehmen in der Energiebranche könnten nach Trumps Ankündigung, auf fossile Brennstoffe zu setzen und Umweltvorschriften zurückzufahren, profitieren. Inwieweit dies jedoch im Einklang mit den Zielen der EU in Bezug auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit steht, bleibt abzuwarten. Grüne Technologien und Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien stünden jedenfalls vor der Herausforderung, ihre Innovationen gegen eine Politik zu behaupten, die weniger Wert auf Klimaschutz legt.

US-Markt bleibt attraktiv

Doch trotz aller Vorbehalte in Deutschland – der US-Markt bleibt attraktiv! Nicht ohne Grund wird die US-Wirtschaft als „die Taylor Swift der Volkswirtschaften“ bezeichnet. Das größte Marktwachstum aller G7-Staaten, die hohe Kaufkraft, starke Infrastruktur, technologische Innovation und Branchenvielfalt machen den US-Markt nach wie vor zu einem Magnet für deutsche Firmen. Rund 6.000 deutsche Unternehmen sind bereits in den USA tätig und schaffen dort annähernd eine Million Arbeitsplätze. Viele Projekte und Investitionen in den USA sind langfristig angelegt und überdauern mit einer Laufzeit weit über 2029 hinaus eine Ära Trumps. Die hohe Qualität „Made in Germany“ bleibt ein Markenzeichen, das in den USA weiterhin geschätzt wird. Zudem ist Washington vor allem für Themen wie innere Sicherheit und Immigration zuständig, während die Bundesstaaten mehr Verantwortung für regional wirtschaftliche Entscheidungen wie Umweltvorschriften, Transport und Bildung tragen. Der Ausstieg Trumps aus dem Pariser Klimaabkommen und der Alleingang einzelner Bundesstaaten in Sachen Klimapolitik zu seiner Zeit hat dies unmissverständlich gezeigt.

Fazit

Die Chancen für deutsche Unternehmen in den USA bleiben ungebrochen, auch wenn die politischen Rahmenbedingungen schwieriger werden könnten und protektionistische Politik kurzfristig zu Herausforderungen führt. Diejenigen Unternehmen, die bereit sind, sich den neuen Bedingungen anzupassen, können weiterhin von den Chancen des US-Marktes profitieren – auch wenn dies möglicherweise bedeutet, Produktionsstandorte in den USA aufzubauen bzw. zu erweitern sowie ihre Handelsstrategien neu auszurichten. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit werden in den kommenden Jahren weiterhin der Schlüssel zum Erfolg auf dem US-Markt sein. Zukünftige Tendenzen zu „Engineered in Germany – Made in the USA“ könnten die Folge sein!